

mir selber ausserordentlich am Herzen liegt: der Frage des Natur- und Heimatschutzes. Es wurden ja auch Fragen der Raumplanung und eben des Naturschutzes – auch Frau Ständerätin Bauer hat Ihnen diese schöne Landschaft geschildert – hier geltend gemacht.

Tatsächlich sind die beiden Geländekammern, von denen eine bereits angenagt ist, die andere noch gar nicht, landschaftlich ausserordentlich reizvoll. Wenn man hier frei entscheiden könnte, würde man sagen: Das Gebiet eignet sich am besten als Landwirtschaftszone. Aber der Bund hat hier nichts zu sagen. Ein erstes Raumplanungsgesetz, welches mehr Bundeskompetenzen vorsah, wurde abgelehnt, und nun liegt diese Kompetenz bei den Kantonen. Das Gebiet, in dem dieses Typenprüfzentrum erstellt werden soll, liegt in der Industriezone. Der Kanton Freiburg denkt nicht daran, dieses Gebiet auszuzonen.

Er hat auch kein Problem mit den Fruchtfolgeflächen. Er ist längstens in der Lage, diese auszuweiten. Hingegen wünschte er dieses Gebiet als Entwicklungsgebiet. Sie haben gehört, dass sich das Land im Besitz des Bundes befindet. Nun könnte man ja fordern, dass der Bund mit dem gutem Beispiel vorangehen, sein Land nicht überbauen und damit einen Beitrag zum Naturschutz leisten sollte.

Diese Heldentat könnte man allenfalls vollbringen, wenn die ganze Geländekammer im Besitz des Bundes wäre. Das ist sie aber nicht. Ein grosser Teil gehört nach wie vor der Gemeinde und dem Kanton Freiburg. Was würde also geschehen, wenn wir auf die Erstellung dieses Typenprüfzentrums verzichteten? Das Gelände würde, soweit es dem Bund gehört und nicht dauernd frei bliebe, mit Hochbauten überbaut, so dass diese Geländekammer trotzdem zerstört wäre. Umgekehrt, wenn der Bund dieses Typenprüfzentrum erstellt, mit dieser Piste, die in das noch unüberbaute Land hineinragt, wird es möglich – das wurde in der Diskussion vielleicht zuwenig betont –, 100 000 Quadratmeter jetzigen Industrielandes in die Landwirtschaftszone zurückzuzonen. Der Grund dafür ist, dass auf diesem Land nicht gebaut werden kann, denn wenn dort ein lärmiger Industriebetrieb entstehen würde, könnten eben die Lärmmessungen nicht durchgeführt werden.

Nach reiflicher Abwägung muss ich sagen, dass selbst unter dem Gesichtspunkt des Landschafts- und Naturschutzes das Projekt zahlreiche Vorteile hat, indem wie gesagt 100 000 Quadratmeter in die Landwirtschaftszone zurückgezogen werden könnten. Eine Ueberbauung können wir nicht verhindern.

Ich komme zum Schluss. Das Typenprüfzentrum Bösinggen ist für den Vollzug der strengen schweizerischen Abgas- und Lärmvorschriften unerlässlich. Umweltschutzvorschriften sind nur dann wirksam, wenn sie auch kontrolliert und durchgesetzt werden können. Bei Ablehnung der Vorlage wäre die Schweiz ihrer Handlungsfähigkeit bei der Bekämpfung von Lärm und Abgasen von Motorfahrzeugen beraubt und ausschliesslich vom Ausland abhängig.

Das Parlament hat vom Bundesrat im Zusammenhang mit dem Waldsterben strenge Massnahmen zur raschen Verminderung der Luftbelastung durch Motorfahrzeugabgase gefordert. Es ist richtig, dass die Einführung strenger Abgasvorschriften, wie sie beschlossen ist, einen wesentlichen Bestandteil bildet, aber ich wiederhole nochmals: Strenge Vorschriften nützen nichts, wenn sie nicht durchgesetzt werden können, und solange wir in der Schweiz strengere Vorschriften als im Ausland haben, müssen wir sie auch selber kontrollieren und durchsetzen können.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten und den Kredit von 14,6 Millionen Franken zu bewilligen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit (Eintreten) 9 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit (Nichteintreten) 24 Stimmen

Präsident: Die Abstimmung wird offenbar bestritten. Wir wiederholen sie.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

85.067

Kantonsverfassungen. Gewährleistung Constitutions cantonales. Garantie (BE, GL, SH, AR, VS, NE, GE)

Botschaft und Beschlussentwurf vom 20. November 1985

(BBl 1986 I, 113)

Message et projet d'arrêté du 20 novembre 1985 (FF 1986 I, 113)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Weber, Berichterstatter: Sieben Kantone haben ihre Verfassung in engen Teilgebieten einer Partialrevision unterzogen und diese Aenderungen nach erfolgter Volksabstimmung den eidgenössischen Räten gemäss Artikel 6 Absatz 1 der Bundesverfassung zur Prüfung und Gewährleistung unterbreitet. Die Gewährleistungskommission stellt in allen sieben Fällen fest, dass weder ein eidgenössisches Verfassungsrecht noch das übrige Bundesrecht verletzt wird. Die neuen Verfassungsbestimmungen bewegen sich innerhalb der durch Bundesrecht gegebenen Grenzen des kantonalen Verfassungsrechtes.

Der Kanton Bern hat die Verfahrensregelung für den gesamten Abstimmungs- und Initiativenbereich auf die Gesetzstufe verlegt und lässt insbesondere die Abstimmungstermine und Behandlungsfristen für Volksinitiativen neu durch das Gesetz regeln. Der Kanton Glarus ändert mit der Neufassung von Artikel 56 die kantonale Gerichtsorganisation. Auch werden die Kompetenzen zwischen Einzelrichter und den beiden Zivilkammern neu geregelt. Der Kanton Schaffhausen beschloss auf Verfassungsstufe eine Neuorganisation der Kantonsregierung und schuf damit auch die Grundlage für eine Neuregelung der Regierungstätigkeit durch ein Organisationsgesetz. Der Kanton Appenzell Ausserrhodens schuf über sechs revidierte Verfassungsartikel eine Neuregelung des Verwaltungsrekursverfahrens und mit der Revision von Artikel 77 Absatz 4 eine Aenderung des Initiativrechtes im Bereich der Planungsinitiative. Der Kanton Wallis nahm eine Neuaufteilung der Bezirks- und der Grossratswahlkreise vor. Der Kanton Neuenburg hebt erstens mit der Revision von Artikel 30 die Wohnsitzfrist von drei Monaten für die Ausübung des Stimmrechts auf, schafft zweitens in Artikel 31 neue Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Wahl in den Grossen Rat und reduziert drittens in Artikel 33 den Ausschluss vom Stimm- und Wahlrecht von bisher fünf auf einen einzigen Ausschlussgrund, nämlich Entmündigung wegen Geistesschwäche oder Geisteskrankheit. Zum ersten Revisionspunkt (Wohnsitzfrist) sei immerhin erwähnt, dass Artikel 43 Absatz 5 der Bundesverfassung lautet: «In kantonalen und Gemeindeangelegenheiten erwirbt er das Stimmrecht nach einer Niederlassung von drei Monaten.» Wenn der Kanton Neuenburg diese Frist in seiner Verfassung aufhebt, könnte man nach der zitierten Verfassungsbestimmung annehmen, dass er damit Bundesrecht verletze. Nach bisheriger Praxis wurde aber diese Frist als Maximalfrist, die nicht überschritten werden darf, angesehen. Die Botschaft verweist hier auf entsprechende wissenschaftliche Arbeiten der Staatsrechtsprofessoren Fleiner und Giacometti. Zudem

haben vor Neuenburg bereits vier andere Kantone, nämlich Zürich, Solothurn, Basel-Land und Aargau, diese Fristen fallengelassen, ohne dass von Bundesseite Einwände erhoben wurden. Ohne Diskussion hat man in der Gewährleistungskommission die erwähnte Interpretation von Artikel 43 Absatz 5 deshalb auch für Neuenburg gelten lassen. Damit gibt keiner der drei Revisionspunkte in der Neuenburger Verfassung zu Beanstandungen Anlass. Der Kanton Genf ordnet für Liegenschaftsverkäufe die Kompetenzen zwischen Staatsrat und Grosse Rat neu. Mit dem Bundesrat stellen wir fest, dass alle Änderungen in den sieben Kantonsverfassungen den Voraussetzungen gemäss Artikel 6 Absatz 2 der Bundesverfassung entsprechen. Wir beantragen Ihnen, dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Titre et préambule, art. 1, 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

85.113

Interpellation Bauer
Ausschaffung von Tamilen.
Information des Bundesrates
Expulsion des Tamouls.
Information du Conseil fédéral

Wortlaut der Interpellation vom 20. Dezember 1985

Während der letzten Wochen hat Frau Bundesrätin Kopp, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, wiederholt erklärt, der Bundesrat beabsichtige, demnächst Tamilen heimzuschaffen; dabei hat sie bekräftigt, die politische Lage in Sri Lanka bessere sich. Diese Erklärung steht im Gegensatz zu einer ganzen Reihe von neuen Augenzeugenberichten.

1. Berichte, die während der letzten Wochen in unabhängigen, schweizerischen wie auch ausländischen Zeitungen veröffentlicht worden sind, sprechen von zahlreichen Fällen, in denen Tamilen verschwunden sind oder gefoltert oder ermordet wurden.

2. Am 10. Dezember 1985 hat die Parlamentarische Gruppe für Flüchtlingsfragen den Advokaten Amirthalingam, den Chef der Tamilischen Oppositionspartei, angehört; er war 30 Jahre lang in Sri Lanka Parlamentarier gewesen und hat 1983 in Indien Zuflucht gefunden. Seine Aussagen lassen sich in folgenden Worten zusammenfassen: Solange die politische Lage in Sri Lanka sich nicht ändert, sind die tamilischen Flüchtlinge, die heimgeschafft werden, in Todesgefahr.

3. Schliesslich prangert Amnesty International in ihrem Bericht vom Dezember 1985 über die Menschenrechte in Sri Lanka die willkürliche Verhaftung, grausame Folterung und Ermordung von tamilischen Zivilisten an.

Wir bitten den Bundesrat um Antwort auf folgende Fragen:

I. Was meint er zu den oben angeführten Aussagen? Sind sie zweifelhaft?

II. Welches sind seine eigenen Informationsquellen?

III. Hat er Zusicherungen erhalten, dass den Tamilen, die er heimzuschaffen will, nichts geschehen werde? Von wem?

Texte de l'interpellation du 20 décembre 1985

A plusieurs reprises au cours des dernières semaines, Madame Kopp, chef du Département de Justice et Police, a annoncé l'intention du Conseil fédéral d'expulser prochainement des Tamouls, affirmant que la situation politique s'améliore au Sri Lanka. Or, cette déclaration est en contradiction avec toute une série de témoignages récents:

1. des informations publiées ces dernières semaines par des journaux indépendants, tant suisses qu'étrangers, citent des cas nombreux de disparitions, de tortures et d'assassinats, dont sont victimes les Tamouls;

2. l'audition du 10 décembre dernier, par le Groupe parlementaire pour des réfugiés, de M. Amirthalingam, avocat, chef du parti tamoul d'opposition, qui fut 30 ans parlementaire du Sri Lanka et a trouvé refuge depuis 1983 en Inde, peut être résumée en ces termes: Aussi longtemps que la situation politique ne changera pas au Sri Lanka, les réfugiés tamouls que l'on renverrait chez eux sont en danger de mort;

3. enfin le rapport de décembre 1985 d'Amnesty International sur la situation des droits de l'homme au Sri Lanka dénonce les arrestations arbitraires, les graves tortures ainsi que les assassinats de civils tamouls.

Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

I. Que pense-t-il des déclarations sus-mentionnées? Sont-elles contestables?

II. Quelles sont ses propres services d'information?

III. A-t-il obtenu des assurances concernant l'intégrité des Tamouls qu'il entend expulser? De qui?

Mme **Bauer**: A plusieurs reprises au cours des derniers mois vous avez déclaré, Madame la Conseillère fédérale, que selon l'intention du Conseil fédéral, des Tamouls seraient prochainement expulsés. «La situation au sud du Sri Lanka est assez normale pour envisager la possibilité de renvoi des Tamouls», avez-vous affirmé à l'émission *Table ouverte* de la TV romande le 1er décembre 1985. Pour apprécier la situation, avez-vous ajouté, le Département fédéral de justice et police se fonde sur les informations de l'ambassade de Suisse sur place et d'organisations humanitaires telles que la Croix-Rouge locale. Enfin, ce soir même, nous avons trouvé sur nos tables un communiqué de presse annonçant que sur proposition du Département fédéral de justice et police, le Conseil fédéral a levé la décision de non-rapatriement relative aux requérants d'asile tamouls. Cette nouvelle décision entrera en force, en force c'est bien le cas de le dire, le 15 mars 1986; ce qui signifie en clair que la presque totalité des Tamouls vont être prochainement expulsés.

Pour justifier cette décision, le communiqué ajoute: «On ne saurait parler d'une persécution générale des Tamouls même si la situation dans certaines régions du Sri Lanka ressemble quelque peu à une guerre civile». Combien délicatement ces choses-là sont dites! «Même donc si elle ressemble quelque peu à une guerre civile, on ne peut pas dire qu'il y ait véritablement guerre civile généralisée. La situation au nord et à l'est du pays demeure toujours critique. En revanche, la situation au sud et dans de vastes parties du haut pays peut être décrite comme relativement calme.» Et plus loin vous parlez dans ce communiqué de «l'énorme affluence de demandeurs d'asile tamouls vers l'Europe et vers la Suisse».

Or, Madame la Conseillère fédérale, toute une série de témoignages récents infirment ces déclarations optimistes. Tant la presse suisse, et je me réfère à des quotidiens sérieux et indépendants, tels que notamment le *Tagesanzeiger* ou la *Baslerzeitung*, que la presse étrangère citent des cas nombreux de disparitions, d'assassinats et de tortures dont sont victimes des Tamouls. La semaine dernière, le

Kantonsverfassungen. Gewährleistung (BE, GL, SH, AR, VS, NE, GÈ)

Constitutions cantonales. Garantie (BE, GL, SH, AR, VS, NE, GÈ)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.067
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.03.1986 - 18:15
Date	
Data	
Seite	67-68
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 308

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.